

## Niederschrift

Gremium			
<b>Bau- und Planungsausschuss</b>			<b>07. Sitzung</b>
Sitzungsort			Sitzungstag
<b>Rathaus, Sitzungssaal, Hauptstraße 20, Marienheide</b>			<b>06.10.2021</b>
Datum der Einladung	Einladungsnachtrag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende
<b>24.09.2021</b>		<b>18:00 Uhr</b>	<b>20:27 Uhr</b>

### Anwesend sind:

#### Ratsmitglieder CDU

Dusdal, Elisabeth	CDU
Göldner, Sebastian	CDU
Korthaus, Günther	CDU
Kronenberg, Katharina	CDU
Witke, Matthias	CDU

#### Ratsmitglieder SPD

Hanke, Karl-Heinz, Dr.	SPD
Maurer, Holger	SPD

#### Ratsmitglieder Bündnis 90/Die Grünen

Schiefer, Michael	Bündnis 90/Die Grünen
-------------------	-----------------------

#### Ratsmitglieder FDP

Körbel, Emmi	FDP	Vertretung für Herrn Jürgen Rittel
--------------	-----	---------------------------------------

#### Sachkundige Bürger CDU

Vogelsang, Rainer	CDU
-------------------	-----

#### Sachkundige Bürger SPD

Schramm, Markus	SPD
-----------------	-----

#### Sachkundige Bürger Bündnis 90/Die Grünen

Rockenberg, Detlev	Bündnis 90/Die Grünen
--------------------	-----------------------

#### Sachkundige Bürger UWG

Knoch, Sebastian	UWG
------------------	-----

beratende Mitglieder

Zander-Wörner, Kirsten

fraktionslos

**Es fehlten:**

Ratsmitglieder FDP

Rittel, Jürgen

FDP

Verwaltung:

Meisenberg, Stefan

Dreiner, Christoph

Müller, Volker

Schulze, Christina

Kaufmann, Yvonne (Schriftführerin)

Gäste:

May, Stefan

ISB Ingenieurgesellschaft für Sicherungstechnik und Bau mbH ,  
Dresden, (zu TOP 1 öff. Teil)

Marenbach, Klaus

Ing.Büro Donner u. Marenbach, Wiehl (zu TOP 2 öff. Teil)

Pilz, Stefan

Pilz u. Steinert Ingenieurgesellschaft bR, Marienheide  
(zu TOP 3 öff. Teil)

Der Vorsitzende Matthias Wittke eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden erstmals seit längerer Zeit wieder im Ratssaal. Er stellt fest, dass der Bau- und Planungsausschuss ordnungsgemäß und fristgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist. Hiergegen werden keine Einwendungen erhoben.

## Öffentliche Sitzung:

<b>1</b>	<b>Schließung des Bahnübergangs Kahlenbergstraße zur Vermeidung des Warnsignals</b>	Drucksache Nr. <b>BV/154/21</b>
----------	---	------------------------------------

Vortragender zu diesem TOP ist Herr Stefan May von der ISB Ingenieurgesellschaft für Sicherheitstechnik und Bau mbH aus Dresden. Herr May stellt sein Unternehmen vor und erläutert sodann die verschiedenen Varianten zur Schließung des Bahnübergangs für den Wegfall des Warntons (Pfeifen). Die Varianten liegen den Ausschussmitgliedern in Form einer Matrix als Anlage zur Beschlussvorlage vor. Es kommt im Anschluss an den Vortrag zu einer intensiven Diskussion über die unterschiedlichen Möglichkeiten der Schließung.

Herr May weist darauf hin, dass die jeweils angegebenen Baukosten sowie Prozess- und Planungskosten grobe Schätzungen sind. Besonders die Prozesskosten seien im Vorfeld kaum ermittelbar.

Als ungefähren Zeitrahmen für das Plangenehmigungsverfahren beim Eisenbahnbundesamt nennt Herr May 18 Monate. Für eine Realisierung des Vorhabens bestünden gute Chancen und mit etwas Glück ginge es auch schneller.

BM Meisenberg merkt an, dass die Varianten I und III aus Kostengründen und die Variante IV aus ökologischen Gründen ausscheiden. Der Variante III war der SPD-Antrag zum möglichen Bau einer Fußgängerbrücke vorausgegangen. Zur Variante IV, die beinhaltet, dass der Bahnübergang um ca. 100 m an eine besser einsehbare Stelle versetzt würde, ergänzt Herr Meisenberg, dass der parallel zum Bahndamm verlaufende Fußweg komplett bewachsen sei. Man müsse diesen freischneiden sowie den Hang roden und absichern. Dies käme aus Sicht der Verwaltung jedoch nicht als Möglichkeit infrage.

Auch RM Holger Maurer und SB Detlev Rockenberg sprechen sich für Variante II a und gegen Variante IV aus. Variante II a sieht eine Beseitigung des vorhandenen Fußgänger-Bahnübergangs und Nutzung einer alternativen Route im vorhandenen Wegenetz vor.

RM Dr. Karl-Heinz Hanke vertritt die Meinung, dass es alternativ möglich sei, dass der Zug statt mit einer Geschwindigkeit von 70 km/h, mit 30 km/h einfahren könne und erkundigt sich, ob diese Variante nicht auch in Betracht gezogen worden sei. Herr May erklärt, dass man dies geprüft habe und einen Fahrzeitverlust von 27 Sekunden festgestellt habe. Diese Zeitverzögerung lehne die Deutsche Bahn jedoch ab, da die Fahrpläne sonst nicht eingehalten werden könnten.

Im Jahr 2015 wurde die Zahl der Personen, die den Bahndamm täglich überqueren mit 45 erhoben. Eine aktuellere Erhebung hierzu gibt es nicht.

Auf Nachfrage von RM Sebastian Göldner nach der Entstehung der Kostenschätzung wird verwaltungsseitig geantwortet, dass diese eher „pessimistische“ Schätzung nach Gesprächen mit der Bahn und unter Berücksichtigung des Haushaltes der Gemeinde entstanden sei. Die Kosten für die Schließung müsse die Gemeinde selbst tragen, eine Fördermöglichkeit besteht nicht. Aus Sicht der Deutschen Bahn ist der Bahnübergang in seiner jetzigen Form sicher und einer Schließung bedarf es nicht.

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig,
Der Schließung des Bahnübergangs an der Kahlenbergstraße und der Kostenübernahmeerklärung der Deutschen Bahn für ein Plangenehmigungsverfahren wird zugestimmt. Die Schließung soll gemäß Variante II a durchgeführt werden.	

<b>2</b>	<b>Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK); Vorstellung der Planung Verbindungsweg Heilteich – Kleinbahnweg (Projekt A6)</b>	Drucksache Nr.
----------	---	----------------

Zu diesem TOP begrüßt der Vorsitzende Herr Matthias Wittke Herrn Marenbach vom Ing.-Büro Donner und Marenbach in Wiehl.

Herr Marenbach präsentiert die aus der Sitzung im Mai angepasste Entwurfsplanung zur Anlegung eines Fußweges vom Heilteichgelände zum Kleinbahnweg. Hierbei ist nun vorgesehen, den Fußweg von der Klausner-Heinrich-Straße zum Kleinbahnweg mit einer Treppenanlage mit Geländer und evtl. zusätzlichen Kinderwagenstufen anzubinden. Dieser Weg sei allerdings nicht barrierefrei und gehbehinderte Personen müssten dann den Weg über die Landwehrstraße nehmen. Herr Marenbach schlägt vor, den Weg mit einer Asphaltdecke zu versehen. Es gebe jedoch auch die Möglichkeit für einen Teil des Weges einen Parallelweg ohne Stufen anzulegen, dieser habe dann allerdings eine Breite von nur 1,50 m. In diesem Fall würde es ggf. notwendig eine Stützmauer zu errichten.

Anschließend an seinen Vortrag beantwortet Herr Marenbach mehrere Fragen der Ausschusssmitglieder. Hierbei wird diskutiert, mit welchem Material man den Weg bauen möchte. Die Verwendung von Asphalt würde bedeuten, dass der Untergrund weitgehend rutschfest wäre und auch im Winter vorteilhaft sei.

Weiter erläutert Herr Marenbach auf Nachfrage, dass die Verwendung von Natursteinen wesentlich teurer als die von Epoxidharz wäre. Er favorisiere Epoxidharz. Sofern dieses zum Einsatz käme, wäre dies rund 30-35 €/m<sup>2</sup> teurer als reiner Asphalt.

SB Detlev Rockenberg sieht es nicht unbedingt als sinnvoll an, den Weg zu errichten, da es bereits einen Weg vom Bahnhof zum Heilteich gebe. Vertreter der übrigen Fraktionen, RM Holger Maurer, RM Katharina Kronenberg, RM Sebastian Göldner und SB Sebastian Knoch, befürworten die vorgestellte Planung und die damit einhergehende Errichtung des Weges.

RM Sebastian Göldner fragt nach den Gesamtkosten der Maßnahme. Herr Dreiner antwortet, dass die zuwendungsfähigen Gesamtkosten sich auf 561.415 € belaufen, wovon die Gemeinde 30 % als Eigenanteil leisten muss. 70 % werden aus bereits bewilligten Städtebaufördermitteln finanziert.

BM Meisenberg äußert sich dahingehend, dass heute ein Meinungsbild der Fraktionen zur weiteren Planung abgefragt werden sollte. Er ergänzt, dass der Zuwendungsbescheid für die geplante Maßnahme nunmehr zugegangen sei. Die Ausschussmitglieder kommen daraufhin überein, dass das Büro Donner und Marenbach die Maßnahme weiter begleiten und in die Ausführungsplanung einsteigen soll. Ein weiterer Sachstandsbericht solle dann in einer der nächsten Sitzungen des Bau- und Planungsausschusses folgen.

<b>3</b>	<b>Integriertes Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Ortskern von Marienheide; Neubau eines Veranstaltungspavillons (Projekt B2)</b>	Drucksache Nr. <b>BV/094/21</b> <b>/1</b>
----------	---	---

Herr Müller führt in den Sachverhalt ein und erläutert, dass die heute vorzustellende Planung von Herrn Pilz, Ingenieuresellschaft Pilz und Steinert bR, insbesondere eine Verschiebung des Pavillons beinhalte. Dies vor dem Hintergrund, dass, wie von den Ausschussmitgliedern in der Sitzung im Mai dieses Jahres gewünscht, der Baumbestand weitestgehend erhalten bleiben soll. Ausgenommen seien hier Gefahrenbäume, die ohnehin gefällt werden müssten. Zudem war von den Ausschussmitgliedern bei der ersten Entwurfsplanung ein multifunktionaler Raum angedacht, der nun in die neue Planung mit aufgenommen worden sei.

Herr Pilz erklärt, dass man bei einer Verschiebung des Pavillons in Richtung Teich mit neuen Höhenunterschieden rechnen müsse, die zur Folge haben, dass sich aufgrund der Reduzierung der Eventfläche die Anzahl der maximalen Teilnehmer bei einer Veranstaltung von rund 1000 auf etwa 600 Personen reduziere. Jedoch die Planung der Eventfläche mit einer möglichen Verbreiterung noch zu prüfen ist. Weiter teilt er mit, dass sich eine mittlerweile aufgestellte konkretere Kostenschätzung für die Gesamtmaßnahme, ausgenommen der Veranstaltungstechnik, auf nunmehr 628.000 € belaufe.

Es schließen sich Fragen der Ausschussmitglieder an. RM Katharina Kronenberg fragt nach den Kosten für die geplante verschiebbare Wand im Pavillon. Die Kosten hierfür belaufen sich auf etwa 12.000 - 15.000,-.

Die zuvor erwähnte Preissteigerung der Gesamtmaßnahme begründe sich mit erhöhten Beschaffungskosten und sei mit 20% festzumachen.

RM Holger Maurer erwähnt die fehlende optische Verbindung des Multifunktionsraumes zur Bühne. Hier habe, so Herr Pilz, ein Veranstaltungstechniker erklärt, dass diese heutzutage nicht mehr notwendig sei.

RM Michael Schiefer möchte wissen, warum kein Wettbewerbsverfahren für die Baumaßnahme erfolgt ist. BM Meisenberg antwortet, dass der Zuwendungsbescheid der Bezirksregierung Köln vorliege und man die Vorgehensweise dort abgestimmt habe.

Weiter schlägt Herr Schiefer eine ökologische Bauweise für den Pavillon vor. Herr Pilz erläutert, dass zum Beispiel ein Holzbau aufgrund fehlender Wetterbeständigkeit und möglichem Vandalismus weniger geeignet sei. Das Thema Nachhaltigkeit werde jedoch auf jeden Fall bei der weiteren Planung berücksichtigt.

Auf Nachfrage von RM Dr. Karl-Heinz Hanke nach barrierefreien Toiletten erörtert Herr Pilz, dass dies noch konkreter geplant werden müsse, jedoch auf jeden Fall im Eingangsbereich des Heilteichgeländes eine Behindertentoilette angebracht werden soll.

Die Folien zur geänderten Planung mit überarbeitetem Grundriss und veränderter Lageposition sind den Ausschussmitgliedern erst am heutigen Sitzungstag zugegangen. Deshalb, erklärt RM Holger Maurer, bestehe für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf. Er beantragt die Entscheidung auf die Ratssitzung am 26.10.2021 zu verschieben. RM Katharina Kronenberg sieht dies für die CDU-Fraktion ähnlich und schließt sich dem Vorschlag an.

BM Stefan Meisenberg möchte dem Antrag folgen, weist jedoch an dieser Stelle darauf hin, dass der zu fassende Beschluss über die Auftragsvergabe hinsichtlich der weiteren Planung des Vorhabens im nichtöffentlichen Teil davon unberührt bleibe. Die Ausschussmitglieder kommen daraufhin überein, die Beschlussfassung zu diesem noch zu diskutierenden TOP auf die Ratssitzung am 26.10.2021 zu verschieben.

<b>4</b>	<b>Antrag der SPD-Fraktion vom 04.09.2021; Sanierung Tiefgarage Heier Platz, Prüfung Fördermittel</b>	Drucksache Nr. <b>AT/145/21</b>
----------	---	------------------------------------

BM Meisenberg teilt mit, dass die Tiefgarage durchaus eine Attraktivitätssteigerung erfahren müsse, es jedoch für eine Ertüchtigung, wie hier von der SPD beantragt, keine Fördermöglichkeit gebe. Die weitere Vorgehensweise hänge von dem in Kürze vorliegenden Parkraumbewirtschaftungskonzept ab.

<b>5</b>	<b>Widmung einer Verkehrsfläche im Gemeindegebiet Marienheide, Straße "Späinghausen", Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 96, Flurstück 2</b>	Drucksache Nr. <b>BV/151/21</b>
----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW – in der zurzeit geltenden Fassung - die Straße „Späinghausen“, Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 96, Flurstück 2 als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr zu widmen.</p>	

<b>6</b>	<b>Widmung einer Verkehrsfläche im Gemeindegebiet Marienheide, Hauerbergstraße, Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 107, Flurstücke 157 und Flur 79, Flurstücke 192 und Teile aus 190</b>	Drucksache Nr. <b>BV/153/21</b>
----------	--	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW – in der zurzeit geltenden Fassung – die Hauerbergstraße, Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 107, Flurstück 157 und Flur 79, Flurstücke 192 und Teile aus 190 als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr zu widmen.</p>	

<b>7</b>	<b>Widmung einer Verkehrsfläche im Gemeindegebiet Marienheide, Abzweigung der Klosterstraße, Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 4, Flurstück 2792</b>	Drucksache Nr. <b>BV/152/21</b>
----------	---	------------------------------------

<b>Beschluss:</b>	Abstimmungsergebnis: einstimmig
<p>Es wird beschlossen gem. § 6 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes NRW – in der zurzeit geltenden Fassung – den Weg abzweigend von der Klosterstraße, Grundstück Gemarkung Marienheide, Flur 4, Flurstück 2792 als Gemeindestraße für den öffentlichen Verkehr zu widmen.</p>	

8	<b>Mitteilungen und Verschiedenes</b>	Drucksache Nr.
---	---------------------------------------	----------------

**Baustelle im Ortskern**

RM Holger Maurer bittet die Verwaltung, die Fußgängerquerungen im Baustellenbereich im Ortskern etwas barrierearmer zu gestalten. Viele Bürger hätten zurzeit Schwierigkeiten die Straßen zu überqueren.

**Feuerwehrgerätehaus Kalsbach**

SB Markus Schramm erkundigt sich nach dem geplanten Umbau und der Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses Kalsbach. Herr Müller führt hierzu aus, dass die Baugenehmigung für diese Maßnahme erteilt sei und man mit den Ausschreibungen bereits begonnen hat, die öffentliche Ausschreibung der Rohbauarbeiten wegen den unwirtschaftlichen Ergebnissen aufgehoben wurde und man nunmehr in eine beschränkte Ausschreibung gehen muss. Voraussichtlich werde man im neuen Jahr mit dem Bau beginnen. Es stehe hierbei auch noch ein Gespräch mit einer direkten Anliegerin aus, da für zu errichtende Parkflächen neben dem Feuerwehrgerätehaus Bäume gefällt werden müssten, die sich auf ihrem Grundstück befinden.

Vorsitzender:

gez. Matthias Wittke

Schriftführerin:

gez. Yvonne Kaufmann

Gesehen:

gez. Stefan Meisenberg  
Bürgermeister